

## **Beschluss des Landrats vom 16.06.2022**

Nr. 1597

### **20. Planungszone über die Salina Raurica** 2021/452; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehne.

**Jan Kirchmayr** (SP) sagt, dass schon im Jahr 2005 der Kanton Baselland eine Planungszone über Salina Raurica gelegt habe und damit dafür sorgen wollte, dass bei der Planung dieses wichtigen Gebiets eine Abstimmung von Siedlung und Verkehr stattfindet. Die vor einem Jahr abgelehnte Verlängerung der Tramlinie 14 nach Augst war das Rückgrat dieser Entwicklung. Es war das Ziel – was im Spezialrichtplan von Salina Raurica festgehalten ist – dass der Modalsplit möglichst hoch zugunsten des öffentlichen Verkehrs ausfällt. Nach dem deutlichen Nein der Bevölkerung (gerade auch von jener von Pratteln) zur Tramverlängerung stellen sich nach Meinung der Unterzeichner des Postulats zwei Fragen: Soll Salina Raurica grün bleiben, wie das auch das Referendumskomitee ein Stück weit angeführt hat? Und wie soll zweitens die Mobilität in Zukunft auf diesem Areal abgewickelt werden, was soll wohin? Insbesondere zur Diskussion steht das Teilgebiet Ost, weshalb die SP das Postulat entsprechend angepasst hat, wonach die Planungszone über das Teilgebiet Ost gelegt werden soll. Man weiss auch jetzt noch nicht, wo die Planung hinführen soll. Denn wie soll eine seriöse Planung durchgeführt werden, wenn das Rückgrat der Entwicklung weg ist? Das führt nur zu einem Planungschaos und einem Flickenteppich. Werden Quartierplanungen weiterhin nur durchgewunken, ohne das Rückgrat zu haben und ohne zu wissen, wo es hingehet, verspielt man viel und verursacht ein massives Planungschaos, abgesehen von einer MIV-Lawine.

Einerseits braucht es jetzt eine seriöse und abgestimmte Planung, andererseits verspielt man eine Chance einer Redimensionierung des Projekts, was man sich gut überlegen sollte – denn diese ist, nach Meinung des Votanten, von der Bevölkerung gewollt. Es braucht nun deshalb einen Stopp und eine Planungszone gemäss § 53 RBG über das Gebiet.

**Matthias Ritter** (SVP) kann sich zum Postulat von Jan Kirchmayr kurz halten. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme ausführlich berichtet und alles gesagt. Die SVP-Fraktion folgt ihr und lehnt den Vorstoss ab.

**Peter Hartmann** (Grüne) ist einerseits Mitunterzeichner des Postulats, andererseits Sprecher der Grüne/EVP-Fraktion. Seine Fraktion ist nach der Antwort der Regierung bezüglich der Überweisung geteilter Meinung. Eine Minderheit unterstützt den Vorstoss, eine Mehrheit folgt den Argumenten der Regierung und lehnt die Überweisung ab. Blickt man zurück auf die verlorene Tramabstimmung vom Sommer 2021, gibt es sicher verschiedene Gründe für das Nein der Tramverlängerung. Ein wichtiger Teil war vermutlich, dass diese einem Teil der Bevölkerung schlicht und einfach zu teuer war. Ein anderer Punkt: Vielen Leuten ist das Tempo, das dort unten angeschlagen wird, um die letzten freien Flächen zu überbauen, schlicht und einfach zu hoch. Auch diese Leute gilt es, ernst zu nehmen und abzuholen. Das Instrument der Planungszone für das Teilgebiet Ost bietet Gelegenheit, die Siedlungsentwicklung, die Siedlungsdichte aber auch die verbleibenden Freiflächen noch einmal gründlich zu prüfen. Der Votant bittet darum persönlich um die Überweisung der Postulate.

Eine Planungszone ist für **Martin Dätwyler** (FDP) eigentlich die letzte Notbremse, mit der eine Behörde – manchmal auch nur aus ihrer Sicht – allfällige Fehlentwicklungen verhindern kann. Sie kann in der Regel für 5 Jahre verlängert werden, muss dann aber wieder aufgehoben werden. Eine Planungszone kann im Einzelfall durchaus Sinn machen, wenn es darum geht, zum Beispiel die Trasse einer Verkehrserschliessung zu sichern, damit dort nicht etwas geschieht, das später präjudiziell werden könnte. Eine flächendeckende Planungszone, auch wenn sie später etwas reduziert wurde, durch einen Kanton angeordnet, bedeutet aber eigentlich Stillstand. Entwicklungen werden im Minimum für 5 Jahre blockiert, tatsächlich aber wohl noch viel länger. Investitionen und Projekte müssten gestoppt werden. Landbesitzer, Investoren und Entwickler könnten nicht mehr weiterarbeiten. Auch Investitionen könnten verloren gehen. Die FDP ist der Meinung, dass eine solche Planungszone über ganz Salina Raurica völlig undifferenziert wäre, insbesondere gibt es gültige Vorlagen, einen Richtplan, eine Zonenplanung, und mit dem Quartierplan hat die Gemeinde heute ein sehr starkes und strenges Instrument, um Einfluss nehmen zu können und Fehlentwicklungen zu verhindern. Eine Planungszone durch den Kanton ist wirklich nicht angemessen. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion einen solchen undifferenzierten, investitionsfeindlichen Vorstoss ab.

**Felix Keller** (Die Mitte) geht davon aus, dass die Abänderung des Postulats auf «Teilgebiet Ost» sich auch auf Salina Raurica Ost bezieht. In der Begründung des Regierungsrats steht aber, dass eine rechtskräftige Zone mit Quartierplanpflicht bereits sichergestellt sei. Somit bringt aber eine Planungszone nichts, weil in dem Fall ja ohnehin ein Quartierplan erarbeitet werden muss, der wiederum von der Gemeinde genehmigt werden muss, was in Pratteln der Einwohnerrat bzw. im Falle eines Referendums das Volk ist. Eine Planungszone bringt unter dieser Voraussetzung gar nichts. Felix Keller versteht auch nicht, weshalb der Kanton eine Planungszone erheben soll, wenn die Hoheit doch bei der Gemeinde liegt. Die Mitte/glp-Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen.

**Urs Kaufmann** (SP) erklärt Felix Keller, weshalb es eine Planungszone braucht. Aktuell weiss man bei der Verkehrserschliessung nicht genau, wie es weitergehen soll. Ein wichtiger Teil der koordinierten Erschliessung wurde abgelehnt, für die Erschliessung ist aber wesentlich der Kanton zuständig – für den ganzen ÖV und die Strassen, die gebaut werden sollen. Der Kanton ist gleichzeitig relevanter Landeigentümer im Teilgebiet, weshalb es sehr wohl Sinn macht, nochmals übergeordnet die Strategie anzuschauen, um es dann auf kantonaler Stufe mit den beteiligten Gemeinden zu klären. Es kann nicht sein, dass die Gemeinden alleine auf Stufe Quartierplan etwas unternehmen, angesichts dessen, dass die relevanten Geschichten (Erschliessung etc.) nicht klar sind. Das muss erst geklärt werden. Dafür braucht es die Planungszone.

**Stephan Burgunder** (FDP) glaubt, seine Interessenbindung nicht weiter offenlegen zu müssen, da sie offensichtlich ist. Die Quartierplanung in Augst ist sehr weit fortgeschritten, der städtebauliche Wettbewerb bereits abgeschlossen. Es handelt sich dort um ausgeschiedene Bauzonen, die im Bereich von Salina Raurica, inklusive Salina Raurica Ost, einer Quartierplanpflicht unterstehen. Dass der Kanton nun über das ganze Gebiet eine Planungszone verhängen soll, ist rechtlich gar nicht zulässig, was mittlerweile auch das Kantonsgericht im Fall der Initiative «Salina Raurica Ost bleibt grün» entschieden hat. Das schriftliche Urteil liegt noch nicht vor. Man kann es zwar noch vor Bundesgericht ziehen, aber der Kantonsgerichtsentscheid war relativ eindeutig. Die von Jan Kirchmayr genannten, bereits weit fortgeschrittenen Quartierplanungen in Pratteln würde Stephan Burgunder gerne kennenlernen – er kennt keine einzige, die es dort geben soll. Deshalb versteht er auch nicht ganz, weshalb man die Entwicklung im Bereich Salina Raurica durch den Kanton nun stoppen soll. Für ihn ist klar, dass man die ganze Mobilität nochmals neu denken muss, das Verhängen einer Planungszone ist aber deshalb nicht nötig. Aktuell wächst unser Kanton mit etwa 0,8 % pro Jahr, die Prognose sagt ein weiteres Wachstum voraus. Da muss man sich schon fra-

gen, wo das Wachstum in Zukunft stattfinden soll, Stichwort Zersiedlung. Damit eine der nachhaltigsten und ökologischsten Entwicklungen im Bereich Salina Raurica stattfinden kann, lohnt es sich, weiter nachzudenken.

Weil die Erschliessung nicht klar ist und der Gemeinderat von Pratteln das Anliegen der Initianten ernst nimmt, wurde bereits kommuniziert, dass man die ganze Planung in Salina Raurica Ost sistiert. Aktuell ist man an einem räumlichen Entwicklungskonzept über die ganze Gemeinde, das zusammen mit der Bevölkerung erarbeitet wird. Dann wird man sich das Ganze nochmals anschauen. Und selbstverständlich sind die kommenden zwei Vorstösse zur Mobilität in Salina Raurica entscheidend dafür, was man dort unten machen soll, wenn klar ist, wie das Gebiet in Zukunft erschlossen und verkehrlich bedient werden soll.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) findet es erstmal gut, dass die Korrektur überhaupt gekommen ist. Wenn aber etwas unsorgfältig ist, Jan Kirchmayr, dann ist es der Vorstoss, und nicht die Planung, die dort stattfindet. Es gab eine Abstimmung, die zwar nicht in seinem Sinne ausgegangen ist, worauf nun aber adäquat zu reagieren ist. Dass aber Salina Raurica grün bleiben sollte, findet vermutlich nicht einmal das entsprechende Komitee, das nur von einem Teilbereich im Osten redet. Die Gemeinde Augst darf man vielleicht auch mal fragen, was sie zur ganzen Geschichte meint. Es ist auch festzuhalten, dass die Nutzungsplanung, die Sache der Gemeinden ist, noch nicht so lange her ist und sie grundsätzlich rechtsgültig ist. Weiter ist festzuhalten, dass das, was hier als Ziel – mit einem falschen Mittel, wie er meint – verfolgt wird, weitgehend gesichert ist durch die Quartierplanpflicht, weshalb die Gemeinde Pratteln in dem Fall die Entwicklung in der Hand behält. Es ist auch richtig und begrüssenswert, dass Pratteln nun einen Schritt zurückgegangen ist. Denn das Unbehagen ging weiter als nur die leidige Tram-Thematik. Es ging auch um die Frage, wie schnell Pratteln wachsen soll und ob man die Projekte vorerst am Bahnhof umsetzt, um dann später in die Rheinebene zu gelangen etc. Es ist richtig, wenn all diese Fragen in der Gemeinde Pratteln nun vertieft werden. Darüber besteht Konsens. Der Weg, den Pratteln eingeschlagen hat, ist richtig, das räumliche Entwicklungskonzept über die ganze Gemeinde, die Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehr und der Einbezug der Bevölkerung sind richtig. Nicht richtig wäre, in der Situation nun unmotiviert und – mit einer Planungszone – unpräzise einzugreifen, zudem wäre es ein deplatziertes Eingriff in die Planungshoheit von Pratteln und – notabene – Augst. Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss dezidiert ab.

**Jan Kirchmayr** (SP) hat Aussagen gehört, die er nicht stehen lassen kann. Vor allem lässt er sich nicht unsorgfältiges Schaffen unterstellen, weder vom Pratteler Gemeindepräsidenten noch vom Baudirektor. Unsorgfältig gearbeitet worden ist dann, wenn man erst jetzt ein Entwicklungskonzept für das Gebiet erstellen würde. Das hätte vor 20 Jahren passieren müssen. Unsorgfältig gearbeitet wurde, weil man es verpasst hat, die Bevölkerung in Pratteln und im Kanton mitzunehmen und für diese Entwicklung zu überzeugen. Das war unsorgfältig, und nun steht man vor einem Scherbenhaufen. Man kann nun weiter ins Blaue hinausplanen und sich irgendwas überlegen, oder man kann seriös den Spezialrichtplan überarbeiten und sich überlegen, was es nun dort geben soll. Macht man aber so weiter wie bis anhin, und geht dann mit einem Quartierplan vor die Bevölkerung, wird man nochmals auf die Schnauze fliegen – dann man hat das Desaster.

://: Mit 51:21 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

---